

Buchbinder-Zeitung.

Organ zur Vertretung der Interessen der Buchbinder, Portefeuillier, Album-, Etnis-, Cartonnagen-Arbeiter
Lithierer etc. und deren Hilfsarbeiter.

Erscheint wöchentlich. Abonnementspreis für Nichtmitglieder 0,75 Mark pro Quartal excl. Bestellgeld. Man abonniert bei allen Zeitungs Expeditionen und Postanstalten, sowie in der Expedition: E. Söhler, Stuttgart, Olgastr. 97a. Inserate pro 3spaltige Petitzeile 20 Pfg., für Verbandsangehörige 10 Pfg.

Nr. 20.

Stuttgart, Sonnabend, den 18. Mai 1889.

5. Jahrg.

Kleine Beiträge zur Beurteilung des Klein- und Großbetriebes.

(Schluß.)

Und nun gar erst die Förderung der gewerblichen Interessen, wozu ja wohl auch die „Vorsorge für das Lehrlingswesen“ gehört , es geht doch nichts über eine echt innungsmeisterliche Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Berufsgenossen und deren Angehörigen. Rechnen wir dazu die Unterdrückungsbestrebung jeder selbständigen Regelung der Arbeiter, wie sie in Deutschland verschiedentlich praktiziert ist und noch wird, so müssen wir uns immer wieder sagen: Gegen den Großbetrieb ist das Kleingewerbe auf die Dauer nicht konkurrenzfähig und heute wird dieselbe nur noch durch die elendigste Bezahlung und die nur dem Arbeiter zum Schaden gereichende lange Arbeitszeit noch möglich gemacht. Daran ändert selbst die gesetzliche Regelung durch Zwangsimmungen gar nichts, denn diese bauen sich ebenso auf denselben Voraussetzungen auf, wie wir sie bereits erwähnt. Die Großen machen die Kleinen überzählig, das ist die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben keine Ursache, diese Thatsache zu bedauern.

Zwar zeigt die unbefangene Beobachtung uns eine immer größer werdende Zahl der Großbetriebe, aber es wird auch hier nicht unangebracht sein, das Urteil von Leuten, deren Beruf sie mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut macht, zu hören.

So heißt es in einem Artikel über die „sächsische Fabrikinspektion vom Jahre 1887“: „Weiter tritt aus den Mitteilungen (der sächsischen Inspektoren d. Ref.) über die allgemeine Geschäftslage stark sichtbar und fühlbar die Tendenz unserer industriellen Entwicklung hervor, den Dampftrieb immer mehr einzuführen auf Kosten des Handbetriebes, und bestehende Dampfbetriebe zu erweitern. So war die Zahl der Neuanlagen sowohl, wie die der Erweiterungen bestehender Anlagen, welche die Inspektoren zu prüfen hatten, eine überraschend hohe,“ und die Gründe hierfür sind, „daß gerade die Ueberproduktion es ist, die zur Neugründung und Erweiterung der Großbetriebe reizt und drängt, weil nur durch größte Massenproduktion der einzelne Unternehmer noch hoffen darf, geschäftlich sich oben zu halten.“

„Die Wirkung dieser Entwicklung auf das Kleingewerbe ist klar. Dieses ist, wie der Leipziger Inspektor meldet, durch die Konkurrenz gezwungen, Hilfsmaschinen anzuschaffen, wodurch natürlich die Konkurrenz abermals verschärft wird und diejenigen zuerst zu Grunde gehen, die nicht einmal Hilfsmaschinen sich aneignen können. „Beseitigung der teuren Handarbeit durch die Maschinen ist das Bestreben,

das überall im Gewerbe wie im Großbetrieb sich bemerkbar macht,“ meldet ferner Leipzig. Das ist zwar nicht neu, aber doch von dieser Seite ein um so interessanteres Geständnis angeht die Bestrebungen, durch allerlei künstliche Mittel das Kleingewerbe vom Untergang zu retten. Was diesem blüht, spricht unter anderem der Dresdener Inspektor aus, indem er schreibt: „In der Metallverarbeitung hob sich die der Blechwaren immer mehr. Dieselbe wird in großen Fabriken betrieben, so daß das Handwerk der Klempner sich kaum mehr mit Anfertigung neuer und größerer Artikel befassen kann, sondern sich auf Reparaturen beschränken muß.“ Das ist die Zukunft, die allgemein dem Handwerk bevorsteht, das hindert aber zunächst nicht, daß vorzugsweise in Dresden das hornierte Kleinhandwerkertum nach der rettenden Zwangsinnung schreit.“

Auch die kleinen Mahlmühlen und Brauereien befanden sich den auf Aktienkapital gegründeten Großbetrieben gegenüber in schlechter Lage. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe machte sich der Uebergang vom Hand zum Dampftrieb sehr bemerkbar, infolgedessen steigende Konkurrenz und Rückgang der Preise. (Chemnitz.) Die Folgen für die Kleinen sind natürlich dieselben: mitmachen oder verschwinden. Auch in den Ziegeleien gehts vom Hand zum Dampftrieb, daselbe wird von den Färbereien berichtet. Der Handwerksmeister verschwindet, der Kapitalist und „König Dampf“ tritt die Erbschaft an. Die Zunahme des Großbetriebes bringt es denn auch mit sich, daß die Zahl der selbständigen Unternehmungen mehr und mehr zurückgeht. Dementprechend ist denn auch in Preußen während 6½ Jahren (1875—82) die Zahl der Hauptbetriebe von 1278249 auf 1245362 gefallen. Während dieser Zeit fiel jedoch die Zahl der Kleinbetriebe sogar um 39655, demnach um 6768 mehr als der allgemeine Rückgang. Während die Anzahl der Gewerbebetriebe überhaupt nur um 2,57% zurückgegangen ist, giengen die Kleinbetriebe um 3,2% zurück. Schon diese Zahlen beweisen den allgemeinen Rückgang der Kleinbetriebe in Preußen und das Vordringen der Großbetriebe: die Kleinbetriebe bilden einen immer geringeren Bruchteil der Gesamtzahl aller Unternehmungen.

Auch in der Verteilung der Arbeiter auf Groß- und Kleinbetriebe zeigt sich dieselbe Entwicklung. Das Kleingewerbe beschäftigte im Jahre 1875 57,6, im Jahre 1882 nur mehr 54,9% aller industriellen Arbeiter, während die Großindustrie 1875 42,4, dagegen 1882 schon 45,1% aller industriellen Arbeiter beschäftigte. Wenn man nun in Betracht zieht, eine um wie viel größere Leistung an Produkten (wegen der Maschinenbeihilfe) auf den Fabrikarbeiter als auf den handwerksmäßigen fällt, so kann man aus diesen Zahlen ersehen, daß das deutsche

Kleingewerbe, welches im Jahre 1882 nur wenig mehr als die Hälfte sämtlicher deutscher Industriearbeiter beschäftigte, von der Großindustrie in der Gesamtproduktion schon stark überflügelt wurde.

Betrachtet man die Verteilung der Industriearbeiter genauer nach den einzelnen Gewerbe-Gruppen, so findet man die interessante Erscheinung, daß in den Jahren 1875 bis 1882 in allen Gewerben (mit Ausnahme der Gruppen der Industrie der Nahrungsmittel und des Buch- und Kunstdruckes) die Zahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter zurückgegangen, die der in den Fabriken thätigen gewachsen ist!

Ferner wurden sämtliche hausindustrielle Meister und Gehilfen dem Kleingewerbe zugezählt, obgleich sie doch nichts anderes sind als außer der Fabrik beschäftigte Arbeiter der Großindustrie. Da nun im Jahre 1882 275207 hausindustriell beschäftigte Personen, das sind 8% sämtlicher und mehr als 14½% der kleingewerblichen Arbeiter als kleingewerbliche, statt als großindustrielle Arbeiter gezählt wurden, so ändert sich das Verhältnis vollends zu Ungunsten der Kleingewerbe.

Und was folgt daraus? Daraus folgt einmal, daß immer weniger Arbeiter selbständig werden können, daß immer weniger Leute Aussicht haben, es jemals bis zum Unternehmer zu bringen, daß daher immer mehr Menschen sich lediglich als Arbeiter fühlen und lediglich Arbeiterinteressen verfolgen lernen.

Wir möchten denn auch unsere Kollegen er-suchen, sich diese Zahlen recht zu merken und sich keinesfalls falschen trügerischen Hoffnungen hinzugeben. Dem Kleingewerbe blüht der Untergang, das Zurückgehen seiner ökonomischen Lage. Noch bedeutend schneller wird es mit ihm bergab gehen, wenn es der Gewerbe-Inspektion unterstellt wird und gesetzliche Bestimmungen über die gesundheitlichen Einrichtungen erlassen werden, und die werden mit der Zeit nicht ausbleiben. Ein Maximalarbeitstag vollends wird ihm den Kehraus blasen.

Ob diese Vernichtung des Kleinbetriebes von vielen unsern Lesern, besonders den jüngeren Kollegen, von denen viele für die Zukunft noch auf eine wohlthätige Selbständigkeit sich Hoffnung machen, bedauert wird? Ich weiß es nicht, manche dürften es immerhin sein, die des ehrbaren Handwerks und der geträumten Selbständigkeit mit Wehmut gedenken. Aber das hilft alles nichts, denn diese Bewegung vollzieht sich mit Naturnotwendigkeit, wir haben sie nur zu begreifen und die für die Allgemeinheit notwendig daraus sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Nicht das Moralisieren steht uns an, nicht sentimentale Klagelieder über das Schwinden der alten Herrlichkeit, die längst keine mehr ist. Wir glauben uns darin mit den meisten Kollegen im Einverständnis zu befinden.

Hierzu eine Beilage.

Das Handwerk erfordert vielfach — keineswegs noch allgemein — eine größere Vielseitigkeit des Arbeiters, aber es bannet durch seine primitiven Einrichtungen und Werkzeuge, seiner umständlichen und zeitraubenden Arbeitsweise im heutigen Konkurrenzkampf den Menschen von früh bis spät an die Arbeitsstelle. Dies würde auch bei weniger entwickelter Großindustrie nicht anders sein, ja aller Wahrscheinlichkeit nach würde die Fesselung an die Arbeitsstelle noch größer sein, der heutige Arbeitstag würde sich vielfach noch als zu kurz erweisen. Jeder Zuwachs an Bedürfnissen der Gesellschaft würde eine größere Anspannung des Arbeiters bedeuten, käme seiner stabilen Fesselung gleich, wie der Mensch der kommunistischen Gemeinwesen ein Sklave der Natur, der er mittels primitiver Werkzeuge und angestrengter Arbeit seinen Lebensunterhalt abzugewinnen mußte, würde der Handwerker Sklave der Gesellschaft sein, für den jedes neue Bedürfnis eine entsprechende Summe von Mehrarbeit bedeutet, ihm nur eine neue Last und die weitere Verringerung seiner Erholung und geistigen Fortbildung brächte. Eingeeengt in diese beschränkte, keiner weiteren Ausdehnung fähigen Produktionsform werden an der Unfähigkeit dieses Betriebes die Produktivität der Arbeit auszudehnen, neue Bedürfnisse und Annehmlichkeiten vielfach unausgeführt bleiben müssen und daher eine Fessel für die Gesellschaft werden, die gesprengt werden müßte, sollten nicht neue Gedankenkeime und Ideen mit weitergehenden Zielen einfach an der Unfruchtbarkeit der gesellschaftlichen Produktion scheitern. Der mit solcher Kleinlichkeit und beschränkten Betriebsweise untrennbar verbundenen geistigen Borniertheit und Verjüngung wollen wir gar nicht gedenken, denn daß unter solchen verknöcherten wirtschaftlichen Zuständen das geistige Niveau ein anderes sein würde, ist geradezu ausgeschlossen. Physische Ueberarbeit hat unvermeidlich geistige Degeneration im Gefolge, nur ganz besonders beanlagte Individuen können sich diesem Einfluß entziehen.

Daß eine Notwendigkeit der künstlichen Erhaltung des Kleinbetriebes somit für die Allgemeinheit nicht vorliegt, das ist gewiß und unbestreitbar. Es fragt sich nur, ob der Großbetrieb nicht noch schädlicher in seinen Wirkungen ist. Wir haben die Wirkungen der kapitalistischen Großindustrie des öfteren hier angeregt und man muß gestehen, daß die zerstörenden Einflüsse desselben auf die Gesellschaft vielfach grauenvoll sind. Aber unbestimmt hierum haben wir sie nichts desto weniger zu verstehen, ihre Eigentümlichkeiten und die notgedrungen mit ihr im Gefolge befindlichen gesellschaftlichen Umwälzungen uns klar zu machen.

Zunächst, und das ist bei unserer Betrachtung die Hauptsache, steigert sich die Fruchtbarkeit der Arbeit in früher einfach für unmöglich gehaltener Weise; jede technische Umwälzung erleichtert die Erzeugung der menschlichen Bedürfnisse, zaubert innerhalb einer beliebigen Zeit bei gleicher Arbeiterzahl den zehn- ja hundertfachen Betrag gegen früher hervor und entbindet den Menschen von der mühevollen Arbeitsweise, wie sie mit dem Kleinbetrieb (auch in der Landwirtschaft) unentwegbar verbunden ist. Es ist nicht mehr nötig, daß der Mensch mittels primitiver Werkzeuge sich abquält, um nur die Existenz zu ermöglichen. Und doch macht sich für die Erhaltung des untergehenden Kleinbetriebes mit seinen primitiven Hilfskräften und gänzlich unzureichenden Mitteln eine verzweifelte von oben herab protegierte Bewegung geltend. Diese Tatsache erklärt sich einerseits aus dem materiellen Interesse der Klasse der Kleingewerbetreibenden, andererseits sind es politische Motive, die in der Protegierung dieser Bewegung liegen,

nur als solche können sie richtig verstanden werden. Daß diese im wahren Sinne des Wortes konservativen Bemühungen nutzlos sind, sein müssen, dafür sorgt der technische Fortschritt. Es wäre in der That ein erstrebenswertes Ideal, die Jahrtausende währende Vorwärtsentwicklung der Menschheit in diesem Falle bewußt in eine Sackgasse endigen zu lassen, und all dieses nur weil eine numerisch immer schwächer werdende Klasse der Gesellschaft ihre materiellen Interessen über das zu ihrem Schanden sich geltend machende Anbrechen einer höheren allgemeinen Wohlfahrt stellen will, und welche aus eben diesen Gründen noch anderweitig mit engagierten Leuten nicht paßt

Außer der Fruchtbarkeit der großindustriellen Arbeit ist es die Möglichkeit, die Arbeit selbst so unschädlich für die Gesundheit wie irgend möglich zu gestalten. So ermöglicht die Fruchtbarkeit und größere Ertragsfähigkeit eine bedeutende Herabsetzung der Arbeitszeit, gewiß der wichtigste Faktor für die Arbeiter, weil erwiesenermaßen der größte Teil derselben an den Anstrengungen und der zu großen Ausgabe seiner Kräfte vorzeitig zu Grunde geht. Auch die sonstigen schädlichen Einflüsse des einzelnen Berufs kommen bei verkürzter Arbeitszeit nicht in dem Maße und der Intensivität zur Geltung, wie bei längerer Arbeitsdauer. Nehmen wir dazu die Möglichkeit der völligen Gefährlosmachung der Arbeit durch Schutzmaßregeln an Maschinen oder welcher Art diese sonst nach der Eigentümlichkeit jeden Betriebes immer sein mögen, worunter wir vor allem die Zuführung frischer unverdorbenen Luft betonen, ferner Einführung der elektrischen Beleuchtung, welche für die Gesundheit der Arbeiter ungemein wichtig ist, — nicht sowohl für die Augen, sondern auch durch die geringe Wärmeentwicklung, sowie das Nichtverzehren des für die Atmung und den Körper überhaupt notwendigen Sauerstoffs, welche mit jeder andern Beleuchtung notgedrungen verbunden ist, sowie der sonstigen unzähligen kleineren oder größeren sanitären Vorteile, welche der Großbetrieb — und je größer je leichter — mit sich bringt. Sind viele sanitäre Einrichtungen nur in großindustriellen Betrieben möglich, so sind es andererseits wieder die größeren Betriebe welche in der Lage sind, das für die Gesundheit der Arbeiter Notwendige auch einzuführen, weil sie andere Summen zur Verfügung haben wie das Kleingewerbe, in welchen, wie dies teilweise ja für Oesterreich auch beglaubigt ist, schauerhafte für die Gesundheit der Arbeiter höchst schädliche Einrichtungen und Zustände existieren.

So sehen wir, wie neben der größeren Fruchtbarkeit der großindustriellen Arbeit auch noch die Gesundheit des Arbeiters bedeutend besser gewahrt wird, resp. gewahrt werden kann, wie in dem Kleingewerbe. Daß außerdem in solchen Betrieben, wo das Kleingewerbe mit dem Großkapital konkurriert, in dem letzteren meistens höhere Löhne gezahlt werden, soll mir als nebensächlich für unsere Betrachtung gelten, obwohl es ein Grund mehr ist für den Großbetrieb. Dieser Einwand ist indes kein solcher grundsätzlicher Art. Es ist jedoch noch eine andere Seite die wir zu betrachten haben, und das ist die Konzentrierung der Produktionsmittel, die Zentralisierung der Produktion, welche der Großindustrie eigentümlich sind. Ihr gegenüber bedeutet das Kleingewerbe die Zersplitterung und Unübersichtlichkeit und also größere Planlosigkeit. Je mehr der Großbetrieb sich entwickelt, je mehr die größten derselben den kleineren und dem Kleingewerbe den Gnadestoß verfehen, je mehr wird es möglich, die Produktion den Bedürfnissen anzupassen, die Ueberproduktion und ihre Folgen aus der Welt zu schaffen, da es bei einer be-

schränkteren Anzahl der Betriebe möglich ist, diesbezügliche Maßregeln zu treffen, und so geordnete Bahnen einzuschlagen.

Freilich vorläufig wird jede und geht jede Produktionsregulierung nach kapitalistischen Gesichtspunkten vor sich, das ist indes vorberhand gleichgiltig. Die Hauptsache ist, daß der große Betrieb erst es ist, der die Grundlage hierfür überhaupt legt, indem er dem Kleingewerbe das Lebenslicht ausbläst und selbst innerhalb seiner eigenen Reihen mit den Kleinen aufräumt und so die der Regulierung entgegenstehenden Schwierigkeiten, die große Zahl der selbständigen Produzenten und die deshalb notwendig entgegenstehende große Anzahl der verschiedenen Interessen der Einzelnen beseitigt. Durch bereits eingetretene Abmachungen von Industriellen einzelner Branchen ist sowohl die Möglichkeit der Produktionsregulierung zugegeben, wie sie andererseits der Behauptung: Die Produktion sei eine gesellschaftliche Funktion und erheische als solche ihre Regulierung durch die Gesellschaft, zu ihrem Rechte verhilft und so einen großen Fortschritt auf dem Gebiete unseres Wirtschaftslebens involviert. Dem Verschwinden des Kleingewerbes und auch der kleineren Großbetriebe weinen wir keine Thränen nach, denn sie bilden ein Element mehr aller rückschrittlichen Bestrebungen; mögen sie deshalb als Opfer des technischen Fortschritts und der großkapitalistischen Profitmacherei verschwinden.

Hier dürfte mancher Leser den Einwand machen, daß die Buchbinderei in diesem Falle doch eigentlich keine Rolle spielt, weil sie keiner ungemessenen Ausdehnung fähig ist, sondern in erster Linie vom Buchhandel abhängt. Dieser Einwand ist richtig für die eigentliche Buchbinderei, welche Drucksachen, oder sagen wir genauer, welche die Herstellung und Verarbeitung der buchhändlerischen Werke bezweckt, keineswegs gilt dies für alle Fächer der Buchbinderei und verw. Gewerbe. So z. B. nicht für Contobücherfabr., Lederwaren-, Album-, Luxuspapier-, Galanterie- und Mappenfabriken. Diese arbeiten direkt für den Markt. Trotzdem sehen wir, wie in der eigentl. Buchbinderei der kleine Meister immer weniger Neueinbände macht, und der Großbetrieb immer entwickelter wird. —

In welchem Maße der Kleinbetrieb indirekt Mehrarbeit, also auch überflüssige Arbeit nötig macht, davon soll diesmal keine Rede sein. Es war mir darum zu thun, den vielfach rein theoretischen Ausführungen über die Notwendigkeit des Unterganges des Kleinbetriebes einige ergänzende und beweisende Daten seines tatsächlichen Zustandes zu erbringen und die auf Beobachtungen beruhenden, wie zahlenmäßig feststehenden Thatsachen reden zu lassen, wobei mir im Anschluß hieran eine Vergleichung über die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Kleingewerbes wie des Großbetriebes und dessen Zukunft einer kurzen Erörterung wert erschien.

Nun wird es Manchen bezüglich der aus dem großindustriellen Betrieb hergeleiteten Thatsachen resp. Möglichkeiten, die zwar auf wirklich vorhandene Erscheinungen sich stützen, nicht ganz einleuchten, weshalb, wenn so viele Vorbedingungen erfüllt sind, müssen wir noch immer zu den alten Bedingungen arbeiten, müssen uns abrackern und gehen der meisten aller Vorzüge der großindustriellen Arbeitsweise verloren, müssen im Gegenteil alle die vermeinernden Wirkungen, die sich heute als unvermeidliche Begleiter dieser Betriebsweise geltend machen, in Kauf nehmen, obgleich sie Hunger und Entbehrungen, Not und Elend in allen Graden in unsere Reihen tragen und physischer und sittlicher Verfall in allen Gesellschaftsklassen ihre Bahn bezeichnet.

Ganz einfach.

So lange die Produktion mittels gekaufter Arbeitskraft betrieben wird, die Produktionsmittel, als da sind Maschinen, Werkzeuge, Grund und Boden u. a., Privateigentum sind, der jeweilige Betrieb, gleichgültig ob der Industrie oder Landwirtschaft zugehörig, für seinen „Besitzer“ eigentlich nur als Mittel des Geldverdienens angesehen wird, man nicht mehr von der Notwendigkeit der zu produzierenden Gegenstände als gesellschaftliche Bedürfnisse spricht, sondern nur die geschäftliche Rentabilität kennt, auf welche Manier es kommen kann, daß man den Getreidebau einschränkt, um auf diesen Flächen Wildgehege anzulegen, so lange die Bedürfnisse nur als notwendiges Uebel, notwendig weil zum Geldverdienen für die Unternehmer nicht zu entbehren, angesehen werden, so lange sonst kein gesellschaftliches Einschreiten zu Gunsten der Arbeiter erfolgt, so lange müssen die Vorteile dieses Betriebes durch die der heutigen Wirtschaftsweise zu Grunde liegenden Vorbedingungen, obwohl sie im Widerspruch zur gesamten gesellschaftlichen Wohlfahrt stehen, nicht desto weniger als ein erst noch zu erreichendes Ideal der Arbeiterklasse bezeichnet werden. Die Erreichung dieses Ideals, die Nutzbarmachung der für die Arbeiterklasse wie für die gesamte Gesellschaft schlummernden Vorzüge der großindustriellen Arbeitsweise wird nur dann eintritt können, wenn die Arbeitsmittel nicht mehr in dem Dienst einiger Weniger stehen, sondern in den Dienst des gesamten Volkes, der Menschheit im großen und edelsten Sinne des Wortes gestellt werden, erst dann werden auch alle die verschiedenen und mannigfaltigen Vorteile des Großbetriebes voll und ganz der Gesamtheit zum Nutzen und Segen gereichen, die heute unter dem System des Privateigentums zu einem dauernden Fluch für alle Gesellschaftskreise ausschlagen müssen.

Das Eine steht nach alledem fest: Dem Großbetrieb gehört die Zukunft, sie muß ihm nicht allein gehören weil dies durch die größere Billigkeit der großindustriellen Erzeugnisse den im Kleinbetrieb hergestellten gegenüber bedingt wird, welches Faktum für den Bestand dieser oder jener Betriebsweise entscheidend ist, sondern vor allem, weil der Großbetrieb alle jene Momente in sich enthält, welche einzig und allein geeignet sind, die Arbeiterklasse im Besonderen und die Gesamtheit im Allgemeinen auf eine höhere, lebenswürdigere Kulturstufe zu heben. Was dies heute verhindert, sind nicht natürliche Mächte, nicht Eigentümlichkeiten des Großbetriebes, sondern es sind gesellschaftliche Mächte, die dazu keineswegs von Ewigkeit bestanden, — wie dies ja schon ihrem Charakter entspricht — sondern die historisch entstanden und als solche zu betrachten und zu verstehen sind. Diese historische Macht ist das Privateigentum an Grund und Boden und allen übrigen Produktionsmitteln. Gleichmäßig für den Klein- wie Großbetrieb als materielle Grundlage dienend, sind die Wirkungen beider Produktionsmethoden in ihren Ausgangspunkten doch grundverschieden. Für unsere Untersuchung ist nur das maßgebend, daß der Privatbesitz es ist, welcher dadurch, daß er den Besitzer anspornt, soviel wie irgend möglich für sich herauszuschlagen, welches Verfahren bis zu einem gewissen Grade durch die Konkurrenz noch verschärft wird, den Arbeitern unbedingt das Nachsehen läßt, lassen muß. Bei jeder neuen Erfindung, jedem technischen Fortschritt tritt ganz dasselbe Bestreben in ganz derselben Richtung hervor. Sein Privatinteresse zwingt den Besitzer, möglichst hohen Profit herauszuschlagen,

wodurch alle segensreichen Errungenschaften für die Allgemeinheit und speziell für die Arbeiter verloren gehen, ohne dabei auf die Dauer den Unternehmern besonders zu nützen.

Mit dem Verschwinden des Privateigentums verschwinden auch zugleich die Bedingungen der heutigen allgemeinen Arbeitsverflechtung, welche trotz aller technischen Errungenschaften dem Großbetrieb anhaften und damit beginnt eine neue Epoche der Menschheit, ebenso fern von der anspannenden und zeitraubenden Arbeit des Kleingewerbes, wie von der Verknechtung und Verelendung der Arbeiter in der heutigen kapitalistischen Großindustrie.

Zur tatsächlichen Berichtigung

ersuche ich die verehrl. Redaktion, folgenden Zeilen Raum zu geben, da ich als Buchdrucker die Aufnahme im Interesse der Leser der Buchbinder-Zeitung für notwendig halte, um nicht total auf den Kopf gestellte Behauptungen den Mitgliedern durch den Mund des Organs glauben zu machen. In den beiden letzten Nummern der Zeitung leitet Artikel ein Herr X. über Verkürzung der Arbeitszeit, wobei man die Verteidigung der Forderung gelten lassen kann, aber die aufgestellten Tatsachen, mit denen er am Schluß seiner Betrachtungen die Mitglieder wieder entmutigt, bezugen, daß der Schreiber entweder die tatsächlichen Verhältnisse nicht kennt, oder um zu einem gewichtigen Schluß zu kommen, falsche Beweisgründe sucht, um den Kollegen jeden ernstlichen Kampf zu ersparen. Daß es überhaupt noch notwendig ist, die Verkürzung der Arbeitszeit zu verteidigen, und daß noch die Meinung sich zeigt, daß dieselbe auch Verkürzung des Lohnes bedinge, sollte man allerdings nicht erwarten, umsoweniger als seitens der Behörden sogar die Einführung eines 10stündigen Maximalarbeitstages über kurz oder lang diskutiert werden wird und so ziemlich alle Berufsarten diese Forderung auf ihre Fahne geschrieben haben. Daß leider unsere Staatsbehörden, trotz der Vorteile für das ganze Staatswesen, welche die materielle Besserstellung der Arbeiter bedingen würden, sich dem Programme des schweizerischen Bundesrats noch nicht voll und ganz angeschlossen, ist zu bedauern, kann uns aber nicht abhalten, trotzdem mit allen Mitteln für die uns von Nutzen erscheinenden Forderungen einzutreten. Da komme ich nun zu dem Punkte der Abweichung von Herr X. Wenn er behauptet, den in Buchdruckereien arbeitenden Kollegen seien die Buchdrucker insofern im Wege, als der Prinzipal auf dieselben verweisend, eine Forderung auf 10stündige Arbeitszeit ablehnen würde, so will ich bemerken, daß in allen nennenswerten Buchdruckereien, und diese können überhaupt hier nur in Betracht kommen, weil die anderen zum geringsten Teil Buchbindereien haben dürften, schon seit Jahren die 10stündige Arbeitszeit herrscht und ich verschiedene einzelne Fälle namhaft machen kann, wo der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker nur mit bedeutenden Opfern dieselbe durchführen konnte, weil die Prinzipale auf die Buchbinder verwiesen. Um allen Missdeutungen zu begegnen, muß ich ausdrücklich bemerken, daß dies ein Vorwurf nicht sein soll, da ich zu genau weiß, daß nur das Alter der Buchdruckerorganisation, ihre Thätigkeit in ganz anderen Zeitläuften und die Vereinsangehörigkeit des weitans größten Teils der Kollegen eher dies ermöglichte. Ich kann dem Herrn Artikelschreiber weiter ganz bestimmt versichern, daß seiner Zeit, als in dieser Zeitung die Vereinigung sämtlicher Buchgewerbetreiber angeregt wurde, dieselbe in maßgebenden Buchdruckerkreisen besprochen und hauptsächlich der Punkt als Hindernis angeführt wurde, daß die Arbeits-

zeit so weit verschieden sei und die Buchbinder noch nichts gethan hätten, die 11, 12 und mehrstündige Arbeitszeit auf 10 Stunden zu reduzieren; es könnte aber dieser Gedanke nur dann realisiert werden, wenn sämtliche beteiligten Branchen wenigstens in diesem Punkt auf dem gleichen Niveau ständen. Weiter möchte ich noch einfließend bemerken, daß ein gemeinsamer Kampf doch in aller erster Linie solidarische Unterstützung bedingte, und daß dann ungleiche Leistungen, wie sie jetzt stattfinden, nicht möglich wären. Da nun entgegen der Behauptung des Herrn X., die Buchdrucker seien in Bezug auf Forderungen sehr vorständig, die Thatsache zu konstatieren ist, daß bei der im Laufe dieses Jahres stattfindenden Tarif-Revisions-Sitzung die neunstündige Arbeitszeit entschieden angestrebt werden wird, so wäre nur zu wünschen, daß der Verbandsvorstand in der Lage wäre, gleichfalls diese Forderung aufzustellen, um in ideller Weise gemeinschaftlich für Hebung des gesamten Buchgewerbes zu kämpfen; denn daß eine nominelle Vereinigung bei dem heutigen Verhalten der Behörden nicht möglich wäre, dürfte Herr X. einsehen. Dies kann aber der Verbandsvorstand nicht, weil die Kollegen, durch die kurze Zeit des Bestehens der Organisation, zum großen Teil derselben fernstehen und die Leistungen der Mitglieder in keinem Verhältnis stehen zu den Mitteln, welche der Vorstand zur Ausführung dieses Planes bedürfte, denn wenn der Buchdrucker wöchentlich 40 Pfg. für seinen Gewerkeverein zahlt, während die Verbandskasse pro Mitglied monatlich 40 Pfg. erhält, so bedeutet das eine nennenswerte Differenz und darf von den Verbandsmitgliedern nicht allein die Lösung der Frage erwartet werden. Anschließend an diese Zeilen halte ich es für Ehrenpflicht der Buchbinder, mit allen Kräften diesmal eine Kürzung auf 10 Stunden anzustreben, um bald den Schwäger gleichzustellen und wäre zu wünschen, daß die Buchbinder in Buchdruckereien sich im Herbst mit den Setzern und Druckern verbänden, um gemeinsam (in jedem einzelnen Fall natürlich) die neunstündige Arbeitszeit zu erreichen; jedenfalls ist dies dann für beide Teile leichter, weil dann keiner dem andern im Weg ist. Daß es durchzuführen ist, ist meine innerste Ueberzeugung, und daß wir wohl mit der Zeit von selbst zu gemeinsamem Handeln im Großen kommen werden, ist ebenso klar, das Kapital macht es uns vor, indem es nach und nach alle beteiligten Geschäftszweige zusammenführt.

Y.

Korrespondenzen.

Hannover. Für die am Ostermontag im großen Ballhofsaal stattgehabte und sehr stark besuchte öffentliche Buchbinderversammlung waren folgende Gegenstände zur Beratung gestellt: 1. Unsere wirtschaftliche Lage; Referent Herr A. Dietrich aus Stuttgart. 2. Verschärfenes. Nach erledigter Bureauwahl nahm der Vorsitzende, Herr Wehrmann, Veranlassung, dem Referenten, Herrn A. Dietrich, das Wort zu erteilen. Redner erläuterte zunächst die Notwendigkeit des Arbeiters, sich mit der wirtschaftlichen Frage eingehend zu beschäftigen. Selbst in gesetzgebenden Kreisen habe man sich, in Anerkennung der Wichtigkeit des Gegenstandes, wiederholt mit diesem Punkte befaßt, ohne indes zu einem nennenswerten Resultate zu gelangen. Sehr häufig treten auch durchaus verkehrte Ansichten über die wirtschaftliche Lage des Arbeiters zutage, so daß es diesem geradezu zur unerlässlichen Pflicht wird, seine tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht zu ziehen. Den böartigen Anschuldigungen verschiedener Presseorgane über die luxuriöse Lebenshaltung des niederen Standes tritt Redner scharf entgegen. Nur die Ungunst der modernen Maschinenproduktion, die zusehends sich verschlechternden Lohnverhältnisse sind Ursache, wenn ein großer Teil der Arbeiter seine Ausgaben gegenüber den Einnahmen nicht in Einklang bringen kann. Im Weiteren führt Herr Dietrich beispielsweise die spezialisierte Ausgabe-

Berechnung der aus 5 Personen bestehenden Familie eines verheirateten Berufsgenossen am Orte an; die recht dürftig gehaltene Wirtschaftsführung erfordert die Summe von 1068 Mk. 64 Pfg., während die Einnahme des betr. Kollegen sich auf nur 1040 Mk. pro Jahr beläuft. Es entsteht hiernach ein Defizit von 28 Mk. 64 Pfg. Die Deckung dieses Postens nimmt daher notgedrungen auch die Arbeitsleistung der Frau in Anspruch; natürlich nicht, ohne daß die ganze Familie darunter zu leiden hätte. Nun sind in vorstehender Berechnung nur reguläre Ausgaben in Betracht gezogen. Krankheiten, Arbeitslosigkeit und sonstige außergewöhnliche Ausgaben verursachen der Familie noch größere Anstrengungen und Entbehrungen in der Lebenshaltung. Eine sehr große Anzahl von Berufsgenossen hat nun aber, wie hier, so auch in andern Städten, ein bedeutend geringeres Einkommen. Nach unsern statistischen Erhebungen beträgt der Durchschnittslohn in den größeren Städten ca. 15-16 Mk., während er sich in kleineren auf ca. 11-13 Mk. reduziert. Die niedrigen Wochenlöhne belaufen sich auf 9, 8, 6, ja sogar 5 Mk. Es ist hiernach zweifellos, daß sich der Einzelne auf Kosten seiner Gesundheit immer mehr einschränken muß. Ferner weist die Statistik aus, daß der Verdienst bei Nichtfachleuten, wie Fabrikanten zc. sich höher stelle, als bei den Kleinmeistern; indem letztere durch billigere Arbeitskräfte sich in der Konkurrenz mit den Kapitalisten zu begegnen suchen. Die vermeintliche Ansicht vieler Kollegen, die Verschlechterung des Gewerbes würde wesentlich durch die Beschäftigung von Hilfsarbeitern gefördert, sucht Redner zu klären, indem er auch diese Erscheinung nur auf die ungünstige wirtschaftliche Lage sämtlicher Gewerbe zurückführt. Nicht die Kleinmeister, sondern die Großbetriebe beschäftigen Hilfsarbeiter und sei es notwendig, daß man mit den letzteren Hand in Hand gehe und gemeinsam günstigere Verhältnisse anstrebe. Der enormen Konkurrenz, welche uns aus der Maschinenproduktion erwächst, habe man sich durch Verkürzung der Arbeitszeit zu erwehren. Hauptsächlich ist die Sonntags- und Ueberzeitarbeit, welche die Gesundheit des Arbeiters ganz empfindlich schädigt, durch gemeinsames Vorgehen abzuschaffen. Nach diesen Ausführungen wird ein Jeder erkennen, daß nur in einer gefrästigten Organisation wir imstande sind, eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage zu erreichen. — Lebhafter Beifall wurde dem Redner für den gebiegenen 1 1/2 stündigen Vortrag zuteil. — Im Weiteren appelliert auch Herr Schneider—Berlin an die Anwesenden, behufs Eintritts in die bestehende Organisation; während Herr Marwig—Berlin die Unterstützung der Arbeiterblätter nachsucht. Herr Jöhler—Stuttgart, sich den Ausführungen des Referenten anschließend, konstatiert den Rückgang des Kleingewerbes, welches nur durch äußerst billige Arbeitskräfte mit der Großproduktion konkurrieren könne. Unter Hinweis auf die Beschlüsse des Verbandstages erklärt sich auch Herr Harber—Hannover für Aufklärung der Fachgenossen, zwecks Wahrung bezüglcher Interessen. Nachdem noch verschiedene Redner den Anschluß an die Fachorganisationen befürwortet, macht Herr Tröge auf die am Orte bestehende Vereinigung aufmerksam. Ferner wird die Resolution des Herrn Willig einstimmig angenommen. Dieselbe lautet: „Die heute im Ballhofsaal tagende öffentliche Versammlung der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige erklärt, in voller Uebereinstimmung mit dem Referenten, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Berufsgenossen dringend notwendig, unter allen Umständen die Einigung sämtlicher Arbeiter angestrebt wird, Klaffenhaß und Kastengeist schwinden müsse in Anbetracht der Gleichberechtigung der Hilfsarbeiter, gegenüber den gewerblichen Facharbeitern, um gemeinschaftlich die Hebung der beiderseitig mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse nach Kräften herbeizuführen.“

Münster i. W. Am Sonntag den 5. Mai nachmittags 3 Uhr, hatten wir eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, wozu auch diejenigen Kollegen von hier, die unserem Verein noch nicht angehört, eingeladen waren. Leider haben sich unsere Erwartungen nicht ganz erfüllt, denn von 8 Nichtmitgliedern sind nur zwei erschienen. Wir hatten geglaubt, durch den Hauptpunkt unserer Tagesordnung: Berichterstattung vom Verbandstag in Hannover, den größten Teil der Eingeladenen bei uns zu sehen; wenn's auch nur aus dem Grunde, die Neugierde zu befriedigen, gesehen würde. Von unseren auswärtigen Mitgliedern waren drei gekommen. Unser Vorsitzender, der die Vereine Oldenburg und Münster auf dem Verbandstag vertreten, hat seine Aufgabe, „die Berichterstattung vom Verbandstag“ durch einen 1 1/2 stündigen Vortrag in glänzender Weise ausgeführt; namentlich hat er uns durch Auszüge aus den stattgefundenen Debatten in ganz besonderer Weise aufgeklärt. Bisher haben wir uns weniger um die Frauenfrage bekümmert, da wir nach den hiesigen

Verhältnissen wenig oder wohl gar nicht damit in Berührung gekommen sind. Durch die Ausführungen unseres Vorsitzenden sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß es unbedingt notwendig ist, daß wir in unserem Berufe die Frauenfrage mit dem größten Interesse verfolgen und gleichzeitig dafür eintreten müssen, daß auch die Arbeiterinnen organisiert werden. Nach Schluß des Vortrages erklärten sich die beiden eingeladenen Kollegen bereit, dem Verein beizutreten. Hierzu will ich noch bemerken, daß einer dieser Kollegen der Sohn eines hiesigen Meisters ist. Wir wollen in Zukunft keine Mühe scheuen, die noch fernstehenden Kollegen für den Verein zu gewinnen, denn wollen wir eine Besserstellung herbeiführen, so müssen wir uns alle der Organisation anschließen, sie allein mit ihren Bestrebungen kann eine Besserstellung für uns alle erzielen, denn: „Einigkeit macht stark.“

Literarisches.

Das in Lieferungen erscheinende, reich illustrierte Werk von W. Bloß: „Die französische Revolution“, volkstümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789 bis 1804 (Stuttgart, Dieck), liegt nunmehr mit der 20. Lieferung komplet vor. Der Ladenpreis ist billigst mit Mk. 4.— gestellt worden, gebunden Mk. 5.50.

— Im Verlage und unter Redaktion von Bruno Geiser, Breslau, Lüchowstr. 16, ist ein Lieferungs-werk erschienen, das den Titel trägt „Staat und Bürger wie sie sind und wie sie sein sollen.“ Dieses sehr empfehlenswerte Werk erscheint als Halbmonatsschrift und liegen bereits 2 Hefte vor. Der Preis pro Heft

ist nur 10 Pfg., durch die Post bezogen pro Vierteljahr 50 Pfg., portofrei ins Haus 60 Pfg.

Technische Frage.

Wie stellt man Bronzeschnitte an Stelle der Goldschnitte her?

S. M.

H. R.

Arbeitsmarkt.

Berlin. Buchbinderei, Contobücher, Lederarbeit mittelmäßig; Album, Galanterie, Cartonagen gut; Mappen schlecht; Luruspapier flott.

Briefkasten der Redaktion.

Korrespondenzen aus Grefeld und Stuttgart mußten zurückgestellt werden.

W. M. in Poppelshorf. Sie wollen die Frage beantwortet haben: Wie kann man mit freier Fahrt in Südamerika Arbeit erhalten? — Die Antwort wird durch eine aus Südamerika uns zugegangene Korrespondenz in nächster Nummer gegeben.

Achtung!

Zimmerleute Deutschlands! Die Berliner Lokal-Verbände „Verband Deutscher Zimmerleute“ proklamierten am 12. Mai cr. einstimmig den General-Streik zum Montag den 20. Mai 1889. Mit der Bitte, jeden Zuzug fernzuhalten, werden weitere Berichte folgen. S. A.: S. Fädel, Berlin, Blumenstr. 19.

Anzeigen.

182] **Fach-Verein Berlin.** [2.60
Am Sonntag den 12. Mai starb nach langem, schweren Leiden an der Proletarierkrankheit unser trauzes Mitglied
Wilhelm Höhne
im Alter von 29 Jahren. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen eifrigen und aufrichtigen Kämpfer für unsere Sache und bitten, demselben ein ehrendes Andenken zu bewahren.
Der Vorstand.

176] **Central-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Sitz Leipzig).** [1.60
(Eingefchr. Hilfskasse.)
Wir bitten die Vorstände und Mitglieder, in Sachen der Kasse nur zu adressieren an den Vorsitzenden:
An die Central-Verwaltung der Central-Krankenkasse der Buchbinder etc.
Herrn P. Brandmair, Leipzig, Langestraße 29, an den Kassierer:
An die Hauptkasse der Central-Krankenkasse der Buchbinder etc.
Herrn J. Städter, Plagwitz b. Leipzig, Schloßersstraße 31 a.

Buchbinder-Gehilfen-Verein München. [1.70
179] **Samstag, den 1. Juni 1889,**
abends 8 Uhr,

XI. Stiftungs-Fest mit Concert und Ball,
im untern großen Saale des **Orpheum,**
Eingang Sonnenstraße.
Zu zahlreichem Besuche ladet ein.
Der Ausschuß.
NB. Mitglieder und Damen haben freien Eintritt.

Verlobungs-Anzeige.
181] **Johanna Reese** [1.—
Heinrich Grüning
Verlobte.
Holzminden. Hannover.
Buchbinder-Verein Dortmund.
Infolge des Bergarbeiter-Streiks mußte unser Stiftungs-Fest, welches am 11. Mai hätte stattfinden sollen, bis auf weiteres verschoben werden.
180] 0.60] Der Vorstand.

177] **Fachverein Stuttgart.** [1.50
Sonntag, den 19. Mai,
Tagesausflug nach Marbach,
Sammlung morgens Punkt 7 Uhr, im Bahnhof, Barthaal 3. Klasse, (Richtung Ludwigsburg.) Abgang des Zuges 7 Uhr 15 Min. nach Ludwigsburg. Dasselbst Besichtigung der Sehenswürdigkeiten. Frühstückspaziergang über Neckarweihingen nach Marbach. Mittagessen in der Krone. Besuch des Schillerhauses, Schillerhöhe etc. Zu recht zahlreicher Teilnahme der Mitglieder mit ihren Angehörigen und Freunden ladet ein
Der Vorstand.

178] **Fachverein Stuttgart.** [1.40
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder in Kenntnis zu setzen, daß Kollege
Valentin Albrecht
aus Heidelberg am Samstag den 11. Mai, im Alter von 24 Jahren an der Lungentzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

183] Mit Hilfe meines patentierten neuen
Handvergolde-Apparats
und meiner vorzüglichen Vergoldebmittel erteile Unterricht im
Rückenvergolden
gebundener Bücher in kürzester Zeit, längstens 14 Tagen. Honorar nach Uebereinkunft. Erfolg garantiert.
J. V. Sann, Sießen (Oberhessen).

184] **Erste Fachschule für Buchbinder Gera (Reuss j. L.)**
Ausbildung im Hand- und Pressvergolden, Lederschnitt, Marmorieren, Goldschnitt etc. Ausführliche Prospekte gratis u. franko. Horn & Patzelt.

Beilage zu No. 20 der Buchbinder-Zeitung.

Stuttgart, Sonnabend, den 18. Mai 1889.

Protokoll

des 2. ordentlichen Verbandstages des Unterstützungverbandes der Vereine der Buchbinder, Portefeuille-, Album-, Kluis-, Cartonnagen-Arbeiter, Finierer etc. und deren Hilfsarbeiter in Deutschland, abgehalten am 20. und 21. April 1889 zu Hannover, im Gasthaus von F. Volte, Neuestraße 27.

(Schluß.)

Schmidt stellt den Antrag, alle acht Monate die statistischen Fragebogen auszufüllen. Ihm erscheint die jährliche Erhebung für zu lang, es kann dadurch möglich werden, daß oft ein Zeitraum von 1 1/2 Jahr verstreicht, ohne statistische Erhebung. Das Beste sei die achtmonatliche Erhebung. Schneider ist für den Antrag des Verbandsvorstandes. Marwiz empfiehlt den Antrag Schmidt. Sailer ist gegen den Antrag des Verbandsvorstandes. Der Antrag des Verbandsvorstandes wird abgelehnt.

Desgleichen der Antrag Schmidt-Vöbeck.

Der Antrag Bremen zu § 42, Zusatz, wird durch Ohmann zurückgezogen.

Antrag Duisburg-Ruhrort zu § 43. Schwiete bittet, diesen Antrag anzunehmen, da es oft unmöglich ist, einen Bericht über den Arbeitsmarkt zu bringen. Sollte hierin Regelmäßigkeit gehandhabt werden, so wären viele Vereine gezwungen, immer dasselbe zu berichten. Die Mehrzahl der arbeitslosen und wandernden Kollegen wüßten schon selbst ob und wo wieder Arbeit für sie sei. Marwiz ist gegen den Antrag, bittet, entweder diesen Paragraphen ganz zu streichen, oder ihn so zu belassen wie er jetzt ist. Mehrmann und Schneider sprechen für Beibehaltung dieses Paragraphen. Schwiete spricht nochmals für den Antrag. Der Antrag wird abgelehnt.

Zu dem Antrag Hannover § 44, welcher lebhaft debattiert wird, spricht zuerst Schneider, als Gegner desselben. Tröge ist für den Antrag und stellt den weiteren Antrag, den Kopf der Zeitung wie folgt zu setzen: „Die Arbeit. Organ zur Vertretung der Interessen der in Buchbindereien, Papier- und Leberwarenbranche beschäftigten Arbeiter.“ Schneider, Hinsche, Sailer, Schättgen und Scherer sprechen gegen den Antrag. Teschner ist insoweit für eine Aenderung des Kopfes der Zeitung, daß die Bezeichnung „Buchbinder-Zeitung“ bleibt und nur die Nachbezeichnung entsprechend geändert werden soll. Marwiz ist für Veränderung des Titels der Zeitung und schlägt vor, die Zeitung „Korrespondent“ zu nennen.

Einem Antrag auf Vertagung der Sitzung wird vom Verbandstag nicht entsprochen.

Mittel beantragt Schluß der Rednerliste. Mehrmann ist dagegen. Der Antrag Mittel wurde angenommen.

Hierauf sprechen noch der Redakteur, sowie Jakob gegen eine Aenderung des Kopfes der Zeitung. Der Antrag Hannover wurde mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Zu § 45 des Statutes bittet Scherer, daß der Zeitung beim Schluß des Jahres ein Inhaltsverzeichnis mit Titelblatt beigegeben werde, damit sich die Leser der Zeitung besser orientieren könnten und nicht nötig hätten, erst lange einen Artikel zu suchen. Teschner und Marwiz sind Gegner dieser Bitte. Voss ist für Lieferung von Titel und Inhaltsverzeichnis. Er

erwähnt, daß sich ein Kollege in Düsseldorf erboten hat, das Inhaltsverzeichnis am Schluß des Jahres zusammenzustellen. Dem Wunsche von Scherer entsprach der Verbandstag nicht.

Ein Antrag auf Schluß der Sitzung wurde angenommen.

Schluß der Sitzung um 10 3/4 Uhr abends.
H. Schwiete. E. Heine. Wabner.

IV. Sitzung.

Die Sitzung wurde am 21. April, vormittags 11 1/4 Uhr durch den ersten Vorsitzenden des Verbandstages eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit aller Delegierten und Beamten. Das Protokoll der 2. Sitzung wird bis auf eine kleinere Aenderung, welche von Fost beantragt ist, genehmigt. Es wird in der Beratung des Statuts fortgefahren und zwar zunächst der Antrag Duisburg-Ruhrort zu § 46 beraten. Zunächst motiviert Schwiete den Antrag und ersucht um dessen Annahme, ebenso sprechen Hinsche, Fost und Marwiz für denselben. Schrey wünscht noch eine längere Frist, als 6 Monate. Es spricht noch Thies für denselben. Der Antrag wurde mit 18 Stimmen angenommen.

Der zweite Absatz des Antrages Duisburg-Ruhrort zu § 46 wurde ohne sonderliche Debatte gleichfalls angenommen.

Auch der Antrag Duisburg-Ruhrort zu § 48 wird, nachdem Schwiete und Schättgen dafür gesprochen, mit 16 Stimmen angenommen.

Antrag Hildesheim zu § 48. Hierzu spricht zuerst Thies, indem er wünscht, daß etwas bestimmtes auch in Bezug der Anlegung der Verbandsgelder im Statut vorgeesehen werden möchte. Dietrich ist gegen den Antrag und ersucht, denselben abzulehnen. Man dürfe sich die Hände nicht binden, da man jetzt unter den heutigen Verhältnissen nicht sagen könne, wie man schließlich das Geld verwendet. Wabner und Schneider sind ebenfalls gegen den Antrag; Sailer ist für den Antrag, wünscht den Fond, als Garantiefond für die „Buchbinder-Zeitung.“ Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Antrages Berlin zum Rechtsschutz-Reglement § 2 und zwar wird ein Zusatz zu diesem § gewünscht. Nachdem Marwiz, Hinsche, Sailer und der Verbandsvorsitzende für den Antrag eingetreten, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Ein Zusatz zu § 3 des Reglements, von Kollege Tröge gewünscht, findet bei der Versammlung keinen Anklang und wird abgelehnt.

Ehe in die Beratung der allgemeinen Anträge geschritten wird, bittet Föhler, den Antrag Stuttgart 6. zuerst zu beraten. Marwiz ist dagegen; doch beschließt der Verbandstag, dem Antrag Föhler statt zu geben.

Föhler begründet den Antrag Stuttgart 6., indem er ausführt, daß es sehr notwendig sei, daß die Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit haben müßten, um für ihre Familie und für ihre Gesundheit zu leben und eine zehnstündige Arbeitszeit vollständig genüge. Ferner sei es notwendig, daß die bürgerlichen, kirchlichen und vom Gesandten aus angeordneten Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, auch bezahlt würden, damit der Arbeiter nicht gezwungen sei, den Ausfall an Lohn auf eine andere Art zu decken.

Fost verliest zwei inzwischen eingelaufene Telegramme: „Der Fachverein Magdeburg sendet die „herzlichsten Glückwünsche“ den versammelten Kollegen zur Ehre der Organisation.“

Vom Verein Nürnberg.

„Von den Kollegen am Begestrand
„Sei Euch hiermit ein Gruß gesandt
„Central, — Kartell, wie der Bescheid auch sei,
„Wir bleiben der guten Sache treu.“

Hoch die Organisation. Fachverein Nürnberg.“

Mehrmann ist für den Antrag Stuttgart und will eine zehnstündige Arbeitszeit eingeführt wissen. Teschner will zehnstündige Arbeitszeit, aber auch die Akkordarbeit mit in Betracht gezogen sehen. Tröge ist auch für kürzere Arbeitszeit, da der Arbeiter auch eine genügende Zeit zur Ruhe haben müsse, wie auch die nötige kräftige Nahrung, dies sei aber nicht möglich bei schlechtem Verdienst und zu langer Arbeitszeit. Er plaidiert für zehnstündigen Maximal-Arbeitstag. Schneider ebenfalls für den Antrag, meint, daß wir, indem wir eine zehnstündige Arbeitszeit verlangen, auch Front machen müssen gegen die lange Arbeitszeit. Schättgen ist dafür, daß noch in diesem Jahre für eine zehnstündige Arbeitszeit eingetreten werde, was sich bis zum Herbst wohl noch machen ließe. Gleichzeitig soll aber auch der Stundenlohn abgeschafft werden, da sonst die Verkürzung der Arbeitszeit keinen Zweck hätte. Fost spricht über Magdeburger Verhältnisse und konstatiert, daß der Durchschnittslohn in Magdeburg höchstens 14 M. beträgt. Er bedauert, daß Stuttgart keine positiven Vorschläge in dieser Materie gemacht. Es wäre auch gut, wenn vom Verband gegen die Sonntags- und Ueberzeitarbeit eine Bewegung durch ganz Deutschland durchgeführt würde. Hauptsache bliebe, Erlangung zehnstündiger Arbeitszeit und möglichst hohen Aufschlag bei Ueberzeit- und Sonntagsarbeit. Hunger-Fürth steht dem Antrage sympathisch gegenüber, speziell auf Verkürzung der Arbeitszeit und Beseitigung der Ueberzeitarbeit und hofft, daß der Verband in dieser Hinsicht etwas positives schafft. Voss schildert Düsseldorfer Verhältnisse, die sehr im Argen liegen und wo eine Besserstellung der Arbeitsbedingungen sehr am Plage sei. Mehrmann betont die Notwendigkeit, daß unbedingt etwas gethan werden müsse, damit in dieser Angelegenheit Wandel geschaffen werde. Hinsche und Sailer sprechen für zehnstündige Arbeitszeit. Thies bespricht die Lohnzahlung verschiedener Geschäfte und wünscht den Sonnabend als Zahltag.

Hinsche beantragt Schluß der Rednerliste, doch wird der Antrag abgelehnt.

Kollege Dims-Hildesheim spricht über die verschiedenen Lohn-Zahltag. Scherer wünscht, daß für Ueberarbeitszeit ein hoher Prozentaufschlag zu fordern wäre. Wabner betont besonders, auf Zahlung der Feiertage, die auf die Woche fallen, zu dringen.

Fost verliest ein Telegramm vom Verein München:

„Den Beratungen des Verbandes ein glückliches Gedeihen, möge die zentrale Organisation fortbestehen, blühen und erstarben zum Wohle der gesamten Kollegenchaft Deutschlands. Ein Hoch der Organisation!
„Buchbinder-Gesilfenverein München.“

Föhler ist für Verkürzung der Arbeitszeit, welche insbesondere zuerst in den größeren Städten eingeführt werden solle, weil die Nach-

wirkung auf die kleineren Städte resp. Vereine gewiß nicht ausbleiben würde. Der Redner hält es für verfehlt, einen Jahrtag im Allgemeinen festzustellen; man solle diesen den lokalen Verhältnissen entsprechend einrichten. Er wünscht, daß der Verbandsvorstand im Allgemeinen mit der Leitung der Bewegung betraut würde.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste, gestellt von Jakob, wird angenommen.

Marwitz bedauert den Schluß der Rednerliste gerade bei diesem Punkte und reicht eine Resolution ein mit dem Wortlaut:

„Die Delegierten des 2. Verbandstages der Vereine der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter in Deutschland verpflichten sich, „voll und ganz für die Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Ueberzeit- und Sonntagsarbeit in ihren Vereinen einzutreten und die Angelegenheit mit Hilfe des Organs „zu regeln.“

Dymann ist für den Maximalarbeitsstag. Voß spricht über die Bezahlung der kirchlichen und bürgerlichen Feiertage, indem er ausführt, daß wohl nach Gesetz die Feiertage bezahlt werden müssen, aber in der Rheingegend und überall wo die französischen Gesetze bestehen oder bestanden haben, eine Bezahlung der Feiertage nicht stattfindet, weil die Bevölkerung im Allgemeinen daran gewöhnt sei, eine Bezahlung der Feiertage nicht zu erhalten, resp. zu zahlen. Thies ist für den Antrag Stuttgart mit der Resolution Marwitz verbunden. Schättgen reicht eine Resolution ein, im Wortlaut:

„Der Verbandsvorstand wird beauftragt, in diesem Sommer geeignete Schritte zu thun, „um im Herbst die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit herbeizuführen, soweit die Möglichkeit vorhanden ist.“

Ein noch eingelaufenes Telegramm wird zur Verlesung gebracht, lautend: „Reichen Erfolg Eurem Beginnen wünscht und hofft der Buchbinder-Verein Wien.“ (Anhaltendes Bravo.)

Schluß der Sitzung 1½ Uhr nachmittags.

H. Schwiete. E. Heine. Wabner.

V. Sitzung.

Eröffnung der Sitzung um 3 Uhr. Sämtliche Delegierte und Beamte sind anwesend. Das Protokoll der 3. Sitzung wird verlesen und angenommen bis auf einige Abänderungen der Äußerungen von Sailer, Marwitz und Teschner. Schneider berichtet als Sprecher der Rechnungsprüfungskommission und beantragt, dem Verbandskassierer die Entlastung zu erteilen, da die Kommission alles in Ordnung gefunden hat. — Geschicht.

Es wird die Beratung des Antrages Stuttgart fortgesetzt. Zu dem Antrag Stuttgart reichen Zöhler und Schättgen eine Resolution ein, im Wortlaut:

„Der heute am 21. April 1889 im Saale „von Volte zu Hannover tagende Verbandstag der Vereine der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige etc. in Deutschland, „erklärt sich mit der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit, wie mit der Bezahlung der geschäftlich angeordneten, bürgerlichen und kirchlichen Feiertage vollständig einverstanden und beauftragt den Verbandsvorstand, „den Ausdruck des Verbandstages dadurch „realisierbar zu machen, daß im Herbst dieses „Jahres die Durchführung beider Forderungen „anzubahnen ist.“

Zöhler empfiehlt, die Resolution anzunehmen. Marwitz will, daß diese Sache nicht dem Verbandsvorstand überlassen wird, sondern die einzelnen Vereine einen Teil übernehmen. Hierauf wird die Resolution Marwitz abgelehnt. Dagegen die Resolution Zöhler und Schättgen mit 19 Stimmen angenommen.

Buchwald reicht eine Resolution ein, welche als Ergänzung der Resolution Zöhler und Schättgen gelten soll, im Wortlaut:

„Insbesondere hält der Verbandstag es auch „für notwendig, daß vor allem die Abschaffung „der Ueberzeit- und Sonntagsarbeit zu erstreben sei, sowie auch die Festsetzung des „Sonnabends als Jahrtag.“

Auch diese Resolution findet als Schlußsatz der Resolution Zöhler und Schättgen Annahme.

Zur Beratung kommt nun der Antrag Berlin, Antrag 1 der Allgemeinen Anträge. Marwitz plaidiert für den Antrag, er ist der Ansicht, daß das Feuilleton nicht interessant und zweckentsprechend sei. In Ausführung einiger Feuilletonartikel z. B. über Vegetarismus, über „die Pflege der Kinder,“ glaubt Redner den Beweis zu liefern, daß für unsere Kollegen dieser Stoff nicht interessant sei. Sailer ist gegen den Antrag. Teschner ist gegen den Antrag. Er wünscht das Feuilleton, um auch den Frauen in dieser Hinsicht etwas zu bieten. Marwitz spricht für und Buchwald gegen den Antrag. Der Redakteur macht darauf aufmerksam, daß das Feuilleton eine stehende Einrichtung nicht sei. Besonders betont derselbe, daß das Feuilleton nur Skizzen aus dem Arbeiterleben und für das Arbeiterleben gebracht habe. Man dürfe nicht vergessen, daß diese Artikel von Arbeitern geschrieben seien, die den ganzen Tag an die Arbeit gespannt sind und ihre freie Zeit benötigen, um für die Organisation zu arbeiten. Da dürfe man in Bezug auf den Styl nicht so heikel sein. Schättgen und Voß sprechen gegen den Antrag; Marwitz dafür. Schrey und Mehrmann dagegen.

Der Absatz 1 wird abgelehnt.

Zu Absatz 2 spricht zunächst für den Antrag Schneider. Er erinnert an die Korrespondenz von Mehlendorf, tadelt die große Breite der Festberichte und wünscht möglichst kurze Festberichte. Der Redakteur ist im Prinzip mit dem Antrag einverstanden, da im Großen und Ganzen überhaupt darnach gehandelt wird, um den Einsendern von Berichten und der allgemeinen Sache Rechnung zu tragen. Sailer und Jost sind im Prinzip mit dem Antrage einverstanden. Namentlich tadelt der Letztere die oft allzugroße Länge der Festberichte. Manche Vereine geben oft das Programm in seinen Einzelheiten, was nicht notwendig sei und was die übrige Kollegenchaft nicht interessiere. Auf Abfassung der Korrespondenzen sei mehr Sorgfalt zu legen, da nach seiner Erfahrung die Korrespondenzen von den Kollegen zuerst und am liebsten gelesen werden. Schneider ist für den Antrag. Rittel ist Gegner des Antrages. Bauermann ist im Prinzip für den Antrag und wünscht eine Resolution, dahin lautend, daß den Mitarbeitern bekannt gegeben wird, Korrespondenzen kurz und sachlich zu fassen. Jost scheidet die ganzen Anträge Berlins zur Zeitung nur für eine Resolution an. Schättgen ist gegen den Antrag. Sailer wünscht, daß alle Korrespondenzen von den Vereinsvorständen erst anerkannt werden sollten, ehe dieselben zum Abdruck an die Redaktion geschickt würden. Buchwald glaubt in dem Wunsche Sailer eine Zensur zu erblicken und weist ein solches Anstößen an die Mitarbeiter der Zeitung entschieden zurück. Auch Schneider spricht gegen eine solche Maßregel.

Absatz 2 wird abgelehnt.

Absatz 3 fällt durch Ablehnung der Absätze 1 und 2 von selbst.

Marwitz spricht für Annahme des Absatzes 4, verwahrt sich jedoch die Absicht zu haben, daß die Zeitung nach Berlin verlegt werden solle. Sailer spricht gegen den Antrag. Zöhler ist im Prinzip für den Antrag, da er die Arbeit der Redaktionsgeschäfte für zu groß hält. Mehr-

mann und Schneider sind Freunde des Antrages. Letzterer betont, daß auch er die Ztg. nicht nach Berlin verlegt wissen wollte. Der Redakteur findet in der Fassung des Antrages, daß er in der Wahrnehmung seiner Pflichten den letzteren nicht nachgekommen sei. Er erklärt, daß er für die Dauer keine Aemter nicht mehr verwalten könne, aus Rücksichten für seine Gesundheit. Marwitz erwidert auf die Vorwürfe des Redakteurs, indem nur aus prinzipiellen Gründen der Verein diesen Antrag gestellt habe. Buchwald ist im Prinzip mit dem Antrag einverstanden, will jedoch gegen denselben seine Stimme abgeben. Schneider ändert den Antrag Berlin dahin, daß eventuell der Erscheinungsort in Stuttgart bleiben könnte, wenn der Redakteur auch nicht in Stuttgart wohnte. Schättgen schlägt vor, eventuell einen Mann zu wählen, der nur beide Aemter verwaltet, ohne seinem Berufsgeschäfte nachzugehen und diese Posten dementsprechend zu besolden, wünscht, daß in der Personenfrage der Verein Stuttgart geeignete Vorschläge machen solle. Mehrmann und Thies sind Gegner des Antrages. Scherer wünscht, daß Sitz der Zeitung und Sitz der Redaktion sich im gleichen Orte befinden sollen.

Abs. 4 wird abgelehnt. —

Der Verbandstagsvorsitzende verliest zwei Telegramme und lautet das erste: „Die herzlichsten Glückwünsche sendet der Verein Freiburg.“ Das zweite Telegramm vom Verein Düsseldorf gesandt, lautet: „Den Vertretern unseres Verbandes den besten Erfolg. Hoch die Organisation.“

Bauermann stellt zum Zeitungs-Reglement, § 3 Abs. c., den Antrag, das Wort „Artikel“ zu streichen, dafür „Nichtverbands“ zu setzen. Dieser Antrag wird angenommen.

Zu Punkt II, Entschädigung des Vorsitzenden, Kassierers und Redakteurs, spricht Rittel gegen den Antrag Hannover, da die beantragte Erniedrigung der Entschädigung doch zu groß sei, und bittet die Entschädigung zu belassen, wie sie zur Zeit besteht. Trige ist für den Antrag, weil derselbe von Hannover gestellt, er aber persönlich sei dagegen. Mehrmann vertritt den gleichen Standpunkt, wie sein Vorredner, indem er mitteilt, daß der Antrag Hannover im Verein nur knappe Majorität hatte. Hinfche hält die Entschädigung des Redakteurs, wie er im Berliner Antrag gewünscht wird, für zu hoch und bittet den Gehalt des Vorsitzenden zu belassen, wie er jetzt besteht. Lang erjucht, die Anträge Berlin und Hannover, sowie den Unterantrag Schneider abzulehnen. Sailer beantragt dem Vorsitzenden 600 und dem Redakteur 600 Mk. zu gewähren. Schneider beantragt, dem Vorsitzenden 400 Mk., dem Kassier 100 Mk. und dem Redakteur 400 Mk. zu bewilligen. Marwitz zieht den Antrag Berlin zurück und empfiehlt den Antrag Hannover, bittet jedoch das Gehalt des Kassierers auf 75 Mk. zu erhöhen, im übrigen aber die Gehälter nicht zu erhöhen. Kollege Rothe-Hannover spricht gegen den Antrag Hannover. Wabner will die Gehälter so belassen wie sie jetzt bestehen. Harber—Hannover spricht in längerer Ausführung für Antrag Hannover, da seiner Meinung nach die beantragten Gehälter genügend seien. Dietrich tritt der Ansicht des Vorredners entgegen, indem er sagt, daß die Arbeit des Kassierers doch eine größere sei, als allgemein angenommen wird, hält die Entschädigung von 50 Mk. für eine zu geringe. Auch für den Redakteur seien 400 Mk. zu wenig, da nach Abzug der Expeditionskosten und Entschädigung der Mitarbeiter zu wenig übrig bleibe, und ersucht den Gehalt des Redakteurs auf 500 Mk. zu erhöhen. Schättgen will für den Vorsitzenden und für den Redakteur je 500 Mk., für den Kassierer 120 Mk. beantragen. Sailer wünscht

dem Vorsitzenden und Redakteur je 600, dem Kassierer 120 Mk. zu bewilligen. Lang konstatiert, daß der Gehalt des Kassierers seinen Arbeiten gegenüber entsprechend ist. Buchwald beantragt dem Redakteur 600 Mk., wundert sich, daß ein Antrag auf Erniedrigung der Gehälter eingebracht werden konnte und ersucht, den übrigen Verbandsbeamten den bisher gezahlten Gehalt zu belassen.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Schneider ist der Ansicht, daß dem Redakteur ein Nettogehalt von 400 Mk. zu zahlen sei, die Expedition sei besonders zu entschädigen. Er ersucht seinen Antrag anzunehmen. Mehrmann will die Kosten der Expedition der Verbandskasse überweisen, und will in Anbetracht dessen, daß der Verbandstag die Resolution Föhler, Schättgen und Buchwald in betreff der 10stündigen Arbeitszeit u. angenommen, auch die Gehälter beim Alten belassen. Jost sagt, da man die Arbeiten des Verbandsvorstandes vermehrt, könne man unmöglich noch die Gehälter erniedrigen, resp. noch Anträge für Beschneidung der Gehälter stellen. Marwitz spricht für Erniedrigung der Gehälter. Sailer und Scherer treten für ihre Anträge ein. Schättgen will den Gehalt des Redakteurs auf 500 Mk. festgesetzt wissen, im übrigen die Gehälter zu belassen, wie sie zur Zeit bestehen. Die Abstimmung über die Entschädigung giebt folgendes Resultat:

- 1) Der Verbandsvorsitzende erhält 600 Mk.
 - 2) Der Redakteur erhält netto 400 "
 - 3) Der Kassierer des Verbandes 120 "
- Die Kosten der Expedition trägt die Verbandskasse.

Tröge wünscht, daß die Expeditionskosten festgesetzt werden. Schmidt beantragt für die Expedition der Zeitung 150 Mk. zu bewilligen. Tröge will nur 120 Mk. bewilligen. Schneider hält 30 Mk. vierteljährlich für genügend. Schmidt und Tröge sprechen nochmals für ihre Anträge. Der Antrag Tröge wird angenommen. Die Entschädigung für die Expedition ist demnach auf 120 Mk. festgesetzt. —

Der Antrag Berlin, III. der allg. Anträge wird von Marwitz zur Annahme empfohlen. Dafür spricht auch Schneider; derselbe glaubt dadurch eine Grundlage für statistische Erhebungen gegeben zu haben. Buchwald will die Frage: Wie hoch ist der Durchschnittsverdienst, a) der männlichen, b) der weiblichen Arbeiter? sowie die Frage: Wie werden die Ueberstunden bezahlt? in den Berliner Fragebogen angenommen wissen. Scherer giebt den Hamburger Antrag zur Kenntnis des Verbandstages und empfiehlt denselben. Dauermann wünscht, daß die Vorlage dem Verbandsvorstand überlassen wird, da viele Delegierte sich noch nicht orientiert haben können, wegen zu später Veröffentlichung der Berliner Vorlage. Marwitz giebt die nötigen Aufklärungen zu der Vorlage. Schneider ist damit einverstanden, daß die Vorlage mit dem Antrage Berlin dem Verbandsvorstand zur Bearbeitung überwiesen wird. Scherer erläutert die Hamburger Vorlage. Schättgen stellt den Antrag, sämtliche Anträge zur Statistik dem Verbandsvorstand zur weiteren Veranlassung zu überweisen. Dieser Antrag wird angenommen.

Von Ohmann wird ein Antrag Bremens, betreffend der Arbeitslosenstatistik eingereicht und von demselben beantragt, in die sofortige Diskussion einzutreten. Diesem Antrage wird entsprochen. Der Antragsteller empfiehlt die Vorlage. Tröge beantragt, auch diese Vorlage dem Verbandsvorstande zur weiteren Prüfung zu überweisen. Der Antrag Tröge wird angenommen.

Der Antrag Bremen IV. der Allg.

Anträge, betreffend Veröffentlichung ausgeschlossener Mitglieder, kommt nun zur Beratung. Schwiete, Wabner, Tröge und Marwitz sind gegen die Vorlage. Ohmann ist für die Vorlage.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Es sprechen noch Koll. Hunger und Mehrmann gegen den Antrag. Der Antrag Bremen wurde abgelehnt.

Der Antrag Bremen, V. der Allg. Anträge, Agitation betreffend, wird durch Koll. Hunger—Fürth empfohlen und damit die Bitte verbunden, daß der Verband die Agitation in Bayern unterstützen möchte, durch Ueberlassung einiger Redner, welche in verschiedenen Städten Bayerns Vorträge über Organisation halten möchten. Marwitz, Schaff und Ohmann sprechen ebenfalls für den Antrag. Der Antrag Bremen wurde angenommen.

Zu Antrag Bielefeld, VII. der Allg. Anträge, spricht zunächst der Vertreter Bielefelds, Harjes, und bittet um Annahme der Vorlage. Schneider empfiehlt, den Antrag Bielefeld dem Verbandsvorstand behufs weiterer Bearbeitung zu überweisen. Marwitz und Schättgen sind Gegner des Antrages. Mehrmann führt in längerer Rede aus, daß die Lage der Buchbinder ein sehr schlechte sei und sich dieselben viel gefallen lassen müssen. Föhler, Scherer, Thies und Harjes sind für die Vorlage. Einen Beschluß über diesen Antrag zu fassen wurde nicht gewünscht.

Der Antrag Düsseldorf, VIII. der Allg. Anträge, ist durch Beratung des Antrages Stuttgart, VI. der Allg. Anträge, gegenstandslos geworden.

Zu Antrag Hildesheim, IX. der Allg. Anträge, Adressen u. der Legitimation beizufügen, spricht zunächst Thies, welcher den Antrag erläutert und zur Annahme empfiehlt. Sailer erst gegen den Antrag, weil zu viel Wechsel in den Vereinsadressen stattfindet. Auch Mittel spricht dagegen. Thies ist für den Antrag, indem er die Ausführung seines Antrages nicht für so umständlich hält, als angenommen wird. Koll. Oms—Hildesheim spricht als Gast für den Antrag Hildesheim. Scherer, Wabner und Mittel sind gegen den Antrag. Schwiete stellt den Antrag, den Nachsatz des Antrages Hildesheim anzunehmen. Dieser Antrag wird angenommen. Thies zieht den 1. Teil des Antrages Hildesheim zurück.

Ein Antrag, eine Stunde Pause eintreten zu lassen, wird abgelehnt.

Bei Antrag Freiburg, X. der Allg. Anträge, Schaffung einer Zuschußklasse für Erkrankte, nimmt zunächst Schneider das Wort, indem er sich gegen den Antrag ausspricht. Schättgen glaubt selbst nicht, daß der Antrag Annahme finden wird, giebt aber die Gründe an, weshalb der Antrag gestellt wurde. Da sich aber der Verband mit Kasienangelegenheiten bei Krankheitsfällen nicht abgiebt, so glaubt er auch nicht auf Annahme des Antrages dringen zu können. Der Antrag Freiburg, X. der Allg. Anträge, wurde abgelehnt.

Auch zu dem Antrage Freiburg, XI. der Allg. Anträge, (schwarze Listen) nimmt zuerst Schneider das Wort, um sich gegen den Antrag zu erklären. Schättgen und Marwitz sind nur mit dem ersten Teil des Antrages einverstanden. Thies ist gegen den Antrag. Der Antrag wurde abgelehnt. —

Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

S. Schwiete. G. Heine. Wabner.

VI. Sitzung.

Dieselbe wird um 8½ Uhr eröffnet. Die

Berlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit aller Delegierten und Beamten.

Punkt III der Tagesordnung wird zur Beratung gestellt.

Als Sitz des Vorstandes des Unterstützungsverbandes wird Stuttgart einstimmig wiedergewählt.

Durch den Verein Stuttgart wird A. Dietrich zum Verbandsvorsitzenden vorgeschlagen.

Ehe zum Wahlakt eingetreten wird, wurden Schneider und Lang als Wahlkommission gewählt.

Zum Verbandsvorsitzenden wurde A. Dietrich mit 26 von 27 abgegebenen Stimmen gewählt. (Ein Stimmzettel war unbeschrieben.)

Dietrich nahm die Wahl an.

Zum Sitz des Ausschusses wird Hannover gewählt.

Als Erscheinungsort des Verbandesorganes wird Stuttgart bestimmt.

Darauf wurde beschlossen, das Statut mit dem 1. Mai 1889 in Kraft treten zu lassen.

Ueber die Höhe der Diäten der Delegierten entspann sich eine längere Debatte; sie endigte mit der Annahme des Antrages Schneiders, die Diäten auf 8 Mk. festzusetzen.

Unter Punkt IV der Tagesordnung, Verschiedenes, beantragt Marwitz, daß ein Auszug des Protokolls einigen bedeutenden Arbeiterblättern zur Verfügung gestellt werden solle. Für den Antrag sprechen Sailer, Marwitz und Schneider. Dietrich hält den Antrag für nicht gut ausführbar, wünscht, daß die einzelnen Delegierten dafür Sorge tragen sollen. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Marwitz stellt den Antrag, einen Schriftführer des Verbandstages zu befehlen, um einige Auszüge des Protokolls anzufertigen und schlägt Wabner zu diesem Posten vor. Wabner erwidert, daß es schon eine Unmöglichkeit sei, eine Reinschrift bis zum Schluß des Verbandstages anzufertigen, vielmehr noch Auszüge für Arbeiterblätter zu machen. Es wird beschlossen, daß jeder Delegierte einen Auszug an die Arbeiterblätter seiner Heimat senden möchte, sowie daß Wabner die Reinschrift des Protokolls zu Hause besorgen solle.

Der Vorschlag, das Protokoll als Beilage zur „Buchbinder-Ztg.“ erscheinen zu lassen, findet einstimmige Annahme.

Teschner stellt den Antrag: Zum Zwecke einer regeren Agitation in der Frage der Hilfsarbeiterinnen jedem Verbandsverein eine Anzahl Exemplare der Buchbinder-Zeitung zur Verfügung zu stellen. Mehrmann spricht gegen den Antrag. Buchwald, Marwitz und Wolf sprechen für denselben. Dietrich spricht sich gegen den Antrag aus, will nur solche Nummern der Ztg. zu diesem Zweck verwendet wissen, welche sich tatsächlich zur Agitation eignen. Tröge erhebt die Ausführungen Dietrichs zu einem Antrage. Der Antrag Teschner wird abgelehnt, dagegen der Antrag Tröge angenommen. Sailer stellt den Antrag: Behufs einer regeren Agitation die Beilage, welche das Protokoll des II. Verbandstages enthält, in einer größeren Auflage zur Verteilung herzustellen. Dieser Antrag wurde debattelos abgelehnt. Scherer wünscht die Fremdwörter in unserer Ztg. möglichst zu beseitigen. Schneider beantragt, gewissen Kategorien von Annoncen, wie z. B. in Nr. 13 betr. Kolportage, in der Buchbinder-Ztg. die Aufnahme zu verweigern. Nachdem Dietrich die Aufnahme des betreffenden Zuspruchs zu recht fertigen gesucht, wird der Antrag Schneider mit großer Majorität angenommen.

Koll. Hunger—Fürth bringt zur Kenntnis des Verbandstages, daß die bayerischen Vereine

Kundschau.

die Absicht haben, einen bayrischen Landesverband zu gründen und versuchen wollen, Anschluß an den Verband zu knüpfen. Er er sucht die Delegierten, ihm die Wege bekannt zu geben, um dieses Ziel zu erreichen. Buchwald und Mehrmann erklären, daß der Anschluß an den Verband wohl zu erreichen sei. Ersterer giebt Beispiele anderer Gewerkschaften, welche auch mit außerpreussischen, außerdeutschen, ja sogar mit amerikanischen Vereinen im Gegen seitigkeitsverhältnis ständen. Schättgen steht den Ausführungen des Kollegen Hunger sehr sym pathisch gegenüber. Hunger spricht nochmals im Auftrage der bayrischen Kollegen. Teschner, Sailer und Föhler sprechen sich ebenfalls sym pathisch über die Ausführungen des Koll. Hunger aus Dietrich führt aus, daß nach dem bayrischen Vereinsgesetz den bayrischen nicht politischen Vereinen nichts im Wege steht, sich mit anderen Vereinen zu verbinden und dem Verbands beizutreten. Sollten den Vereinen in dieser Hin sichts von Seiten der Behörden Schwierigkeiten bereitet werden, so empfehle es sich, den Klage weg zu beschreiten, um ein gerichtliches Urteil zu erlangen.

Es folgen einige persönliche Berichtigungen und Fragestellungen.

Dietrich giebt Johann den bayrischen Vereinen den Rat, den Beitritt zum Verband auszuführen. In gleichem Sinne spricht Teschner.

Wabner regt die Frage an, ob über Zentral ober Lokalorganisation eine Diskussion eröffnet werden solle. Föhler sagt, daß es sich ja im Laufe der Verhandlungen des Verbandstages gezeigt habe, daß alle Redner für Zentralisation gesprochen hätten, und er sucht dem Wunsch von Wabner nicht zu entsprechen. Wabner wünschte wenigstens eine Resolution in diesem Sinne zu stellen, es sei nicht nötig, sich noch des Breiteren über diese Frage auszulassen. Der Wunsch von Wabner wird abgelehnt.

Es wird das Protokoll der IV. Sitzung verlesen. Schättgen wünscht einige Streichungen. Föhler einige Änderungen; desgl. Teschner.

Das Protokoll der V. Sitzung kommt zur Verlesung, Dietrich, Mehrmann und Buchwald beantragen einige Änderungen, desgl. Schättgen.

Das Protokoll der VI. Sitzung wird ver lesen und angenommen.

Die Tagesordnung des II. ordentlichen Ver bandsstages ist erledigt, und dankt der Verbands tagsvorsitzende dem Verein Hannover für die freundliche Aufnahme der Delegierten.

Der Verbandsvorsitzende richtet einige Schluß worte an die Delegierten, indem er besonders hervorhebt, daß die Verhandlungen des II. ordent lichen Verbandstages gezeigt hätten, daß alle Delegierten auf dem Standpunkt der „Zentrali sation“ ständen.

Trüge wünscht als Vertreter des Vereins Hannover den Delegierten glückliche Heimreise und bittet, den Vereinen den Gruß des Vereins Hannover zu übermitteln.

Mit einem „Hoch auf die Organisation“ schließt der Verbandstagsvorsitzende Koll. Jost den II. ordentlichen Verbandstag.

Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr abends.
H. Schwiete. A. Jacob. E. Heine.
Wabner.

Nach Schluß des Verbandstages trafen noch folgende Telegramme ein:

1) Aus Barmen: „Frohen Mut zur ersten Arbeit. Der neue Buchbinder-Fachverein.“

2) Aus Fürth: „Schaffet gutes, haltet hoch die Organisation zum Wohl der Kollegen. Fachverein Fürth.“

* Die Bergleute im westfälischen Kohlenrevier sind in einen gewaltigen Kampf zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung eingetreten.

Die Bewegung, von Essen ausgegangen, umfaßt nahezu das gesamte Kohlenrevier.

Die Arbeiter verlangen: 1) Aufbesserung der Löhne durch einen fünfzehnprozentigen Zusatz für alle Bergarbeiter, 2) Abschaffung der Ueberproduktion in Folge von zu langer Arbeitszeit, und zwar Abschaffung der Ueberarbeit von Bier telz-, halben oder ganzen Schichten und Einfüh rung der in früherer Zeit üblich gewesenem ein schließlich Ein- und Ausfahrt achtstündigen Schicht. Ferner wünschen die Bergleute gute und gesunde Wetterführung, Errichtung eines möglichst vor Wind und Wetter geschützten Ganges von der Rauhe bis zum Schacht und Lieferung des Holzes bis in die Grube. Zum Schluß wird die Er wartung ausgesprochen, daß eine friedliche Lösung der vorgetragenen Fragen erfolgen werde; die bezüglich Entschlüsse mögen die Grubenvor stände ihren Belegschaften „recht bald“ kundgeben. Begründet sind die Forderungen hauptsächlich mit dem Hinweis auf die Thatsache, daß die Berg leute während des schlechten Geschäftsganges insofern „ihre Opfer auf den Altar der Indus trie gelegt hätten“, als sie mit einem knappen Verdienst zufrieden gewesen seien, der namentlich in Zeiten, wo wegen Mangels an Absatz gefeiert werden mußte, vielen Bergleuten mit zahlreicher Familie es nicht ermöglicht habe, den Unterhalt der Familie mit dem verdienten Lohn zu bestreiten.

Die Gesamtzahl der streikenden Bergleute beläuft sich jetzt auf 70,000, was einer täglichen Kohlenförderung von über 76 000 Tonnen ent spricht.

Eine am 8. Mai in Bochum abgehaltene Versammlung der Grubendirektoren hat beschlos sen, die allgemeine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden abzulehnen. Dagegen soll nach Wiederaufnahme (!) der Arbeit in der Lohnfrage „berechtigten Ansprüchen“ entsprochen werden. Die Erbitterung unter den Bergarbeitern ist eine große. Es haben schon mehrfach blutige Zusammenstöße zwischen den Streikenden und dem requirirten Militär und Polizei stattgefunden, wobei es Tote und Verwundete gab. Außer mehreren tausend Mann Infanterie sind Husaren und Kürassiere auf dem Posten.

* Die Dortmunder Metallarbeiterinnung hatte das Lehrlingsprivileg des § 100e. Sie versuchte dasselbe den Eisenwarenhändlern gegenüber, welche in ihren Reparaturwerkstätten neben Gesellen auch Lehrlinge halten, zur Geltung zu bringen. Aber da die Innung ablehnte, diese Gewerbetreibenden bei sich aufzunehmen, weil sie Kaufleute und keine Handwerker seien, so folgerten die Gerichte, daß dann nach der eignen Entscheidung der Innung diese Unter nehmer „nicht fähig“ seien Mitglieder der Innung zu werden. Nach § 100e kann aber nur solchen Gewerbetreibenden das Halten von Lehr lingen im Bezirk einer bevorrechteten Innung untersagt werden, die fähig sind einer Innung beizutreten, aber dies nicht thun. Dieser Mißerfolg hat die Herren Innungsmeister nun doch wohl darauf aufmerksam gemacht, daß die mo derne Entwicklung des Gewerbes mit den alten zünftlerischen Ideen nicht mehr in Einklang zu bringen ist. (Denselben Antrag, nur nicht in formell richtiger Weise stellte auch eine Anzahl Mitglieder der Frankfurter Tapeziererinnung vor einiger Zeit; der formelle Mangel veranlaßte aber die Abweisung desselben seitens der Re gierung in Wiesbaden.)

* Als „eine überflüssige Formalität“

bei Streits“ wurde das Verlangen nach schriftlicher Zusage der Arbeitgeber behufs „Zuehalt ung der zugeständenen Errungenschaften“ vom Kongreß der Maurer erklärt. Zugeständnisse im Lohnkampfe sind, nach Maßgabe der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung, nicht als rechtlich bindender Vertrag zu erachten! Außerdem kann das Bestehen auf schriftlicher Zusage einen Streik unnötig verlängern und Ursache werden, das zuständige Personal möglichst bald zu wech seln, sowie auch obendrein die Arbeiter in einer günstigen Conjunktur lahm legen. Daher lege man kein entscheidendes Gewicht auf schriftliche Zusage.

Adressen-Verzeichnisse.

Adressen des Verbandsvorstandes.

A. Dietrich, Heusteigstraße 30, Stuttgart. (Vor sitzender).

F. Baueremann, Werberstraße 22, II Stuttgart. (Kassier.)

Adresse des Verbandsauschusses.

Wilhelm Teschner, Kl. Bahrenwald I. Hannover.

Verbandsvereine:

Altenburg: Max Weise, Graerstraße, gegenüber der Fabrik von Herrn G. Schmidt.

Aischlehen. Emil Hopfe, Fribendorf 13.

Berlin: M. Marwick, S. Kaunynstraße 25, v. II.

Bielefeld. Fr. Schmidt, am Damm 13.

Braunschweig. H. Spaltmann, Herrendorfweg 1.

Bremen: Chr. Kehl, Spigenkil 7.

Breslau: Max Konrad, Altbüßerstr. 55, S. I.

Crefeld. August Jung, Marktstraße 71.

Darmstadt: Karl Baum, Buchbinder, Restauration Wasemüller, Garbistenstr.

Dortmund. M. Metzgerich, Berg 10.

Duisburg-Auhorst: Emil Habstein, bei J. Brendow und Sohn, Auhorst.

Düsseldorf. Herr. Bergner, Etuisarbeiter, Her zogstraße 46, II.

Erfurt: Fr. Kettel, Krämpferstr. 62.

Frankfurt a. M.: R. Hirsch, Große Rittergasse 61, part.

Freiburg i. B.: Wilh. Hofmann, Schloßbergstraße 34.

Gera: Herr. Bimberg, Sorge 19 I.

Gießen: Ph. Fahbender, Münsberg 11.

Gotha: Eduard Lanz, Galbergsweg 6.

Halle a. S.: Eduard Keller, Mansfelderstr. 56 I.

Hamburg: Fr. Fuchs, bei Ww. Lambrecht. Wei den Hütten 46.

Hannover: Emil Weber, Aternstraße 11, II.

Hilbesheim: Aug. Thies, Wollenweberstr. 962.

Kiel: Karl Staack, Jungmannstraße 24.

Königsberg i. Pr.: Hermann Magat, Alte Reiserbahn 34.

Liegnitz: Otto Bornemann, Hainauerstr. 12.

Lübeck: Friedrich Wicht, Breitestraße 56.

Lübenthal: Jean Schrey, Hochstraße 53.

Magdeburg: Heinrich Jost, Auguststraße 11, Ss. IV. rechts.

Mannheim: Fr. W. Schmidt, L. 14, Nr. 2 a.

Münster i. W.: W. Weder, Maurigstr. 12.

Neu-Ruppin: Rudolf Tiede, Bergstraße 9.

Nürnberg: Wilhelm Werner, Achternstraße 25.

Offenbach a. M.: H. Zeukius, Geleitstr. 46, p.

Reutlingen: Gottlob Kocher mann, Buchbinder.

Stuttgart: Emil Föhler, Olgastr. 97a, part.

Weimar: Alexander Sailer, Einhardtsbg. 17 II.

Sonstige Vereine:

Barmen: Friedrich Bölling, Wilhelmstr. 22.
Chemnitz: Paul Bilz, Papierhandlung von Herrn Robert Winkler.

Dresden: Hugo Schlegel, Käuferstraße 6, III.

Elberfeld: R. Köhrig, Karlsru. 29 A.

Erlangen: Anton Garh, Neufstraße 11.

Fürth: Max Hunger, Göthestraße 2.

Leipzig: A. Michel, Leipzig-Neubitz, Chausseestraße 21.

München: J. D. Leis, Blumenstr. 9 III. R. G.

Nürnberg: Albert Kulik, untere Turnstraße 10.

Wrag: Josef Schindbeck, Buchdruckerei Gutenberg-Sackstraße 13.

Klagenfurt (Oesterreich). Julius Mertlich, Buchbinderi Z. Leon Jan., Domgasse 17 I.

Wien: C. Binder, VI. Brauergasse 3.

Bern (Schweiz): A. Stucki, Restaurant Rys, Spitalgasse.

Zürich: Gottl. Riggl, Kruggasse 2.